



Auswertung der anonymen Schulumfrage von TERRE DES FEMMES e.V. Thema: Frühehen und Zwangsverheiratungen

Laufzeit: 03.05.-24.05.2022

Zielgruppe: Lehrkräfte, SchulsozialarbeiterInnen, pädagogisches Fachpersonal an Schulen in Deutschland

TERRE DES FEMMES hat vom 03.05.-24.05.2022 eine anonyme Online-Umfrage an deutschen Schulen zum Thema Früh- und Zwangsverheiratungen durchgeführt. Mit dieser Aktion erhoffte sich TERRE DES FEMMES Erkenntnisse zu gewinnen über

- das Vorkommen von Eheschließungen oder Verlobungen von minderjährigen SchülerInnen (auch Verdachtsfälle) – sog. Frühehen,¹
- das Vorkommen von Eheschließungen unter Zwang, wenn die SchülerInnen bereits das 18. Lebensjahr vollendet haben (auch Verdachtsfälle) – sog. Zwangsverheiratungen sowie
- die Fortbildungs- und Beratungsbedarfe der Lehrkräfte bzw. der SchulsozialarbeiterInnen.

Hintergrund: Trotz jahrelanger Forderung seitens TERRE DES FEMMES gibt es immer noch keine aktuelle, bundesweite wissenschaftliche Folgestudie zu dem Vorkommen und den Erscheinungsformen von Früh- und Zwangsverheiratungen in Deutschland. Die letzte bundesweite Studie des Bundesfamilienministeriums stammt aus dem Jahr 2011 und bezieht sich auf 2008. Doch nur mit aktuellen Zahlen können Präventionsmaßnahmen zielgerichteter und bedarfsgerechter angepasst und ausgebaut werden.

Es sind vor allem Schulen, denen eine immense Bedeutung bei der Präventionsarbeit zukommt. Schulen stellen oft den einzigen Ort dar, an dem sich von Früh- oder Zwangsverheiratung bedrohte oder betroffene SchülerInnen außerhalb ihrer Familien aufhalten dürfen.

Im Zuge der Auswertung der Umfrageergebnisse werden im Folgenden zunächst die ermittelten Fallzahlen dargestellt. Darauf folgen die Antworten auf die Fragen nach Erfahrungen mit Früh- und Zwangsverheiratungen im beruflichen Kontext, nach der Geschlechterverteilung und dem Ort der Eheschließung. Außerdem werden die abgefragten Bedarfe an Schulen sowie die Bundesländer und Schulform der TeilnehmerInnen aufgeführt. Abschließend werden im Resümee die wichtigsten Erkenntnisse der Umfrage zusammengefasst.

¹ TERRE DES FEMMES sieht Frühehen als eine Form der Zwangsverheiratung an. Auch bei einer scheinbaren Zustimmung seitens der Betroffenen ist ihnen die Tragweite dieser Entscheidung u.U. noch nicht bewusst. Die Mädchen müssen häufig die Schule verlassen und werden sehr früh Mutter, die Jungen müssen früh Verantwortung für die Familie übernehmen. Außerdem ist das Risiko von häuslicher und sexualisierter Gewalt bei Mädchen stark erhöht. Minderjährige befinden sich zudem in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Eltern.



460² Lehrkräfte bzw. SchulsozialarbeiterInnen aus 15 Bundesländern (von der Grundschule bis hin zum Berufskolleg) haben an der Umfrage teilgenommen.

Ermittelte Fallzahlen von Frühehen und Zwangsverheiratungen

Insgesamt wurden **188 Fälle** angegeben, in denen sich die Lehrkraft bzw. der/die SchulsozialarbeiterIn sicher war, dass eine **Frühehe** vorliegt oder konkret geplant sei. In **191 Fällen** gaben die TeilnehmerInnen an mit Gewissheit zu wissen, dass eine **Zwangsverheiratung** stattgefunden habe oder dies konkret geplant sei.³

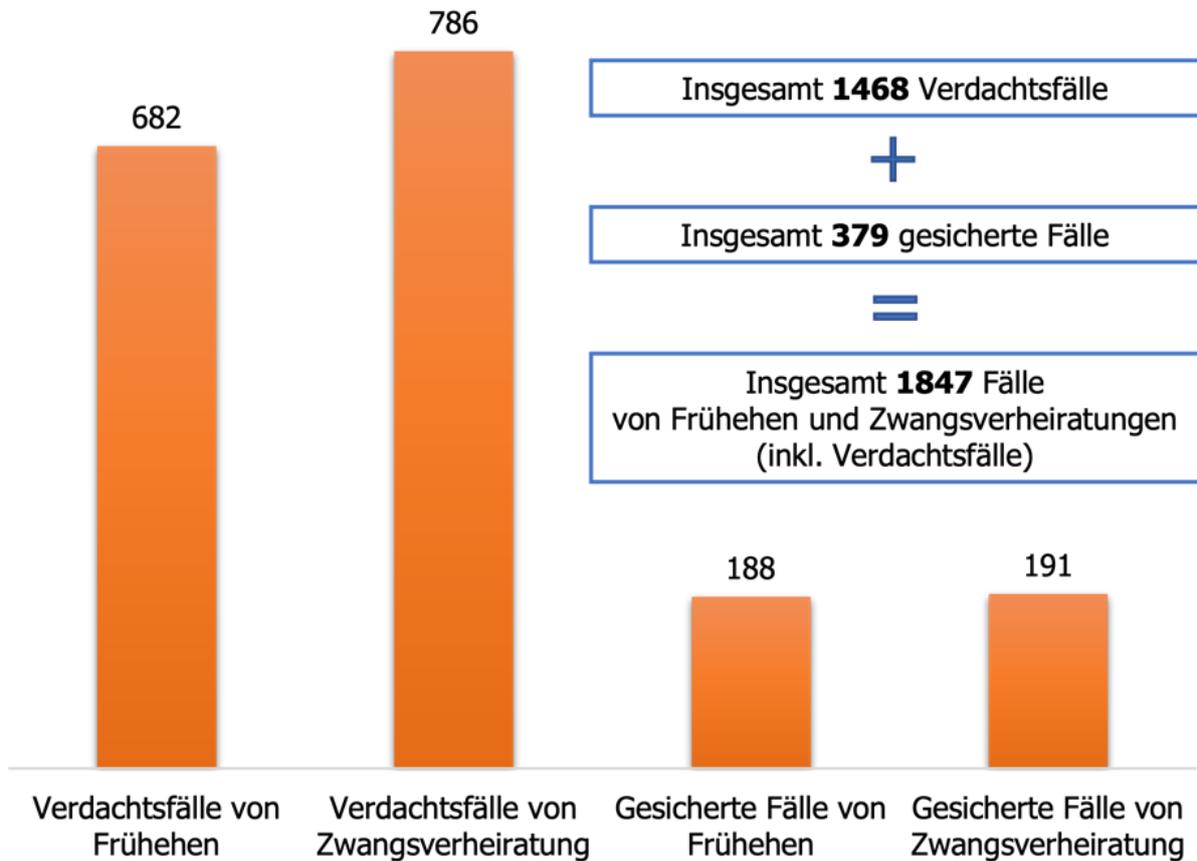
Dem gegenüber stehen **682 Verdachtsfälle von Frühehen** und **786 Verdachtsfälle einer vorliegenden oder geplanten Zwangsverheiratung** unter SchülerInnen.⁴ Letztere Zahlen bedeuten, dass die teilnehmenden PädagogInnen eine Vermutung hegten oder glaubten Warnzeichen zu erkennen, dass eine Zwangsverheiratung/ Frühehe unter ihren SchülerInnen bevorstünde oder auch bereits stattgefunden habe. Alles zusammen genommen ergibt **1.847 Fälle** (inkl. Verdachtsfälle) von angedrohten oder vollzogenen Früh- und Zwangsverheiratungen an deutschen Schulen (Abbildung 1).

² Die jeweilige Beteiligung der Teilnehmenden variierte von Frage zu Frage (s. Angaben unter den Diagrammen).

³ In dem Diagramm sprechen wir daher bei diesen Zahlen von „gesicherten Fällen“, basierend auf der Auskunft der teilnehmenden Lehrkräfte bzw. SchulsozialarbeiterInnen.

⁴ Um ein möglichst differenzierteres Schlaglicht auf die Thematik zu werfen, unterschied TERRE DES FEMMES zwischen Verdachtsfällen (bei denen die Teilnehmenden einen unbelegten Verdacht oder Vermutung hegten), als auch nach „gesicherten“ Fällen von Frühehen oder Zwangsverheiratungen. Hintergrund dieser Frage war, dass bedrohte oder betroffene SchülerInnen zumeist keine externen Personen ins Vertrauen ziehen, da dieses Thema mit einem starken Tabu behaftet ist. Von daher wird es selten konkrete Äußerungen bedrohter oder betroffener SchülerInnen geben.

Zahlenmäßige Einschätzung von Frühehen und Zwangsverheiratungen



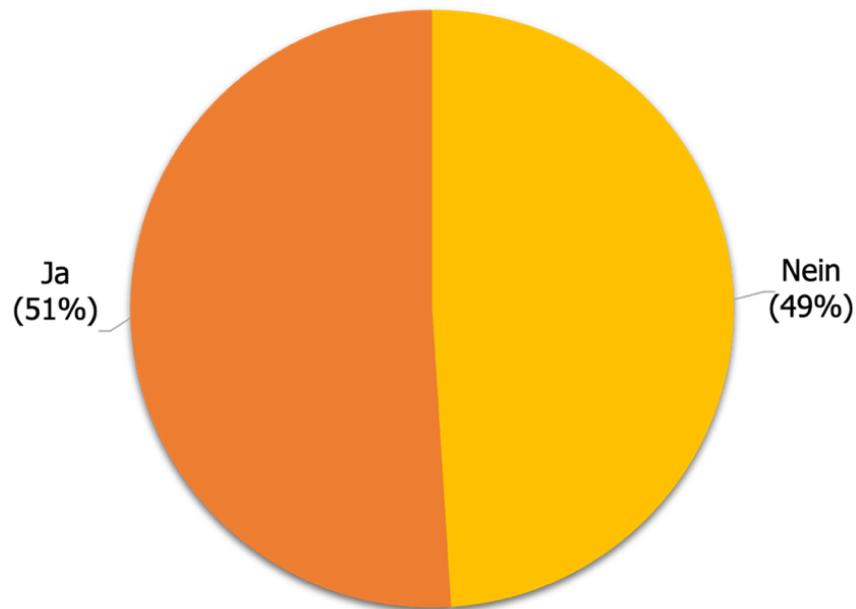
Beantwortet von 281 TeilnehmerInnen

Abbildung 1: Fallzahlen von Früh- und Zwangsverheiratung an Schulen. (Quelle: Umfrage TDF)

Selbstverständlich ist nicht sicher, dass jede geplante Früh- und Zwangsverheiratung tatsächlich durchgeführt wird und zweifellos steht nicht jeder Verdachtsfall tatsächlich in Zusammenhang mit einer vollzogenen oder bevorstehenden Frühehe/Zwangsverheiratung. Die Zahlen belegen jedoch, dass es umso wichtiger ist, Schulpersonal zu diesem Phänomen zu schulen, ihnen bei Verdachtsfällen konkrete Hilfestellungen mitzugeben und so z.B. auch aufzuklären, wie man sich bei einer Vermutung verhalten sollte.

Über die Hälfte der Befragten gibt an, im beruflichen Kontext bereits mit konkreten Fällen von Früh- und Zwangsverheiratungen in Kontakt gekommen zu sein (Abbildung 2).

Erfahrung mit konkreten Fällen im beruflichen Kontext



Beantwortet von 433 TeilnehmerInnen

Abbildung 2: Abfrage nach der Erfahrung mit Fällen im beruflichen Kontext.
(Quelle: Umfrage TDF)

Geschlechterverteilung

Nicht immer wurden Angaben zur Geschlechterverteilung oder dem Land der (möglichen) Eheschließung bzw. Verlobung gemacht. Aus den getätigten Antworten ergibt sich jedoch folgendes Bild: Unter den (potenziell) bedrohten oder betroffenen Personen sind demnach 87,4% weiblich, 11,4% männlich und 1,2% divers (Abbildung 3).

Geschlechterverteilung bei Frühehen und Zwangsverheiratungen (inkl. Verdachtsfälle)

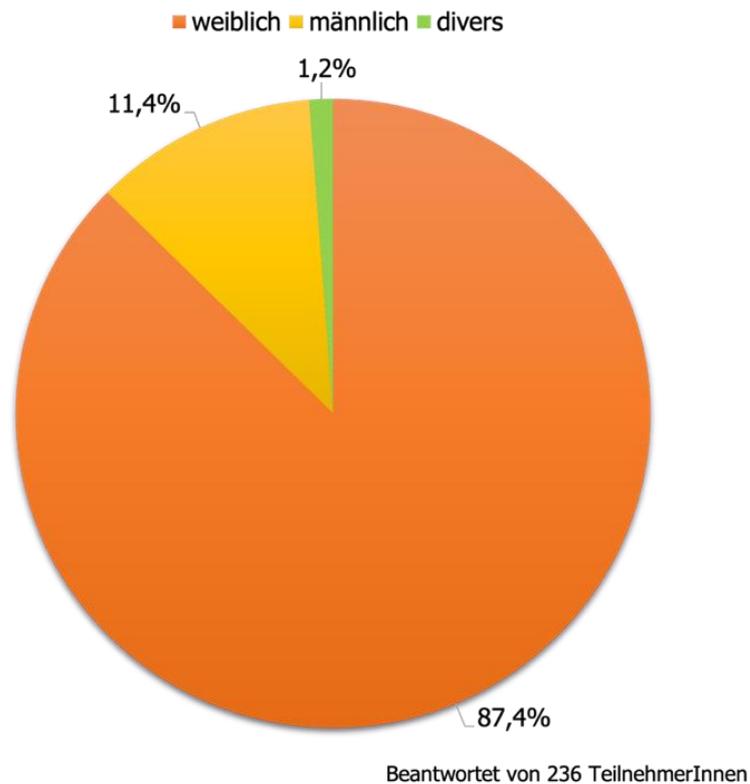


Abbildung 3: Geschlechterverteilung. (Quelle: Umfrage TDF)

Ort der (geplanten) Eheschließung

40% gaben an, die (mögliche) Früh- oder Zwangsverheiratung habe überwiegend im Ausland stattgefunden oder sei für dort geplant, 8% antworteten mit „überwiegend in Deutschland“, 13% gaben das Verhältnis Deutschland-Ausland als gleich häufig an und 39% wussten es nicht (Abbildung 4).

Ort der (geplanten) Eheschließung (inkl. Verdachtsfälle)

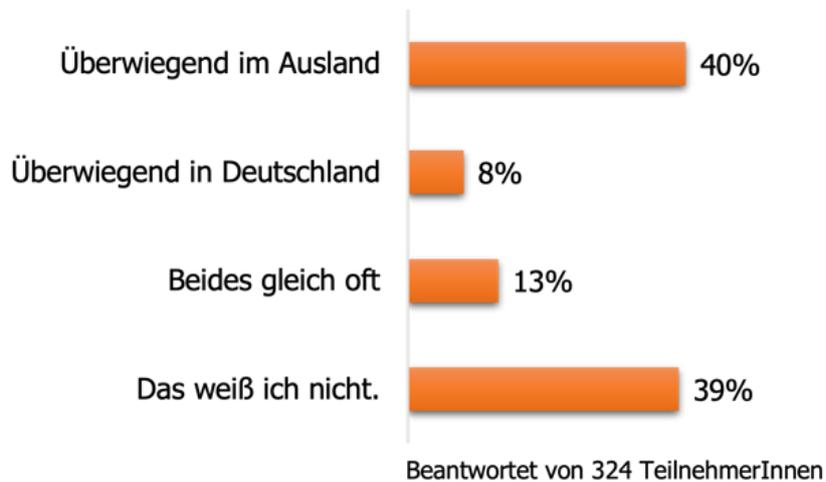


Abbildung 4: Ort der (geplanten) Eheschließung. (Quelle: Umfrage TDF)

Die Frage nach dem Ort der (möglichen) Eheschließung und einen damit verbundenen Auslandsbezug dieser Taten sollte genau wie das Geschlechterverhältnis dringend fundiert wissenschaftlich beleuchtet werden, damit zielgerichtete Präventions- und Sensibilisierungsarbeit geleistet werden kann!

Bedarfe an Schulen

Nach den konkreten Bedarfen und Wünschen gefragt, waren die drei häufigsten Antworten „verstärkte Kenntnis über direkte Hilfsangebote und Beratungsstellen in der Nähe“, „Fortbildungen/Weiterbildungen zum Thema“ sowie „mehr Präventionsprojekte“ (Abbildung 5).

Bedarfe an Schulen

Art des Bedarfs	Anzahl der TeilnehmerInnen*
Verstärkte Kenntnis über direkte Hilfsangebote und Beratungsstellen in der Nähe (z.B. Plakate, Flyer mit Adressen von Beratungsstellen)	208 (63%)
Fortbildungen/Weiterbildungen zum Thema	189 (57%)
Mehr Präventionsprojekte (z.B. thematische Projektstage, Projektkooperationen mit freien Trägern usw.)	171 (52%)
Engere Zusammenarbeit mit Behörden (z.B. Jugendamt, Polizei usw.)	146 (44%)
Personell (z.B. mehr SchulsozialarbeiterInnen)	139 (42%)
Mehr Zeit im Lehrplan zur individuellen Ausgestaltung	93 (28%)
Sonstiges	20 (6%)

*Mehrfachantworten waren möglich
Beantwortet von 330 TeilnehmerInnen

Abbildung 5: Bedarfe an Schulen. (Quelle: Umfrage TDF)

Als konkrete Wünsche wurden unter „Sonstiges“ genannt (Auswahl):

- das Thema der Früh- und Zwangsverheiratung bereits im Lehramtsstudium fest zu verankern,
- mehr Präventionsarbeit auch an Grundschulen anzubieten,
- mehr Stunden für SchulpsychologInnen und SchulsozialarbeiterInnen sowie verstärkt weibliche Beratungslehrerinnen einzustellen,
- regelmäßige Erneuerung bzw. Austausch von Plakaten oder Infoflyern,
- stärkerer Einbezug der Eltern.

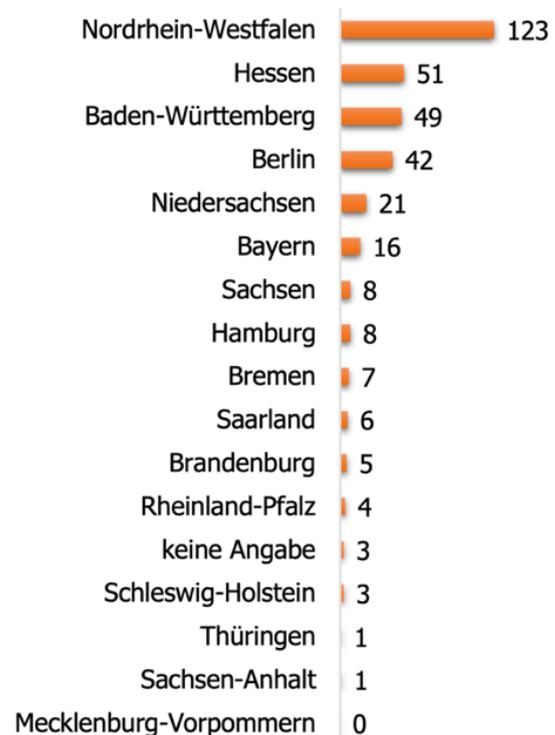
Der hohe Wunsch nach einer besseren Kenntnis über direkte Hilfsangebote und nach thematischen Fortbildungen spiegelt sich auch in der Selbsteinschätzung über den eigenen Informationsstand⁵ wider. Auf einer Skala von 0 bis 10 lag der Durchschnitt bei 460 Teilnehmenden bei 3,77.

⁵ „Wie gut fühlen Sie sich zu Früh- und Zwangsverheiratungen, vor allem hinsichtlich Prävention und Hilfestellung für Betroffene oder Bedrohte, informiert?“

Bundesländer und Schulform der Teilnehmenden

Wie dem Diagramm (Abbildung 6) zu entnehmen ist, arbeitet der Großteil der teilnehmenden Lehrkräfte und SchulsozialarbeiterInnen an Schulen in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Berlin. Dies bedeutet jedoch nicht automatisch, dass in diesen Bundesländern Früh- und Zwangsverheiratungen besonders stark verbreitet sind – und in den anderen Bundesländern nicht. Es ist vielmehr ein Zeichen dafür, in welche Bundesländer TERRE DES FEMMES durch (frühere) Projekte direkte (Schul-)Kontakte besitzt.

TeilnehmerInnen aus folgenden Bundesländern



Beantwortet von 348 TeilnehmerInnen

Abbildung 6: Bundesländer der TeilnehmerInnen.
(Quelle: Umfrage TDF)

Die Teilnehmenden waren an folgenden Schulformen angestellt (Abbildung 7):

Schulform der TeilnehmerInnen



Beantwortet von 348 TeilnehmerInnen

Abbildung 7: Schulform der TeilnehmerInnen. (Quelle: Umfrage TDF)

Als Sonstiges wurde z.B. „Förderschule“ angegeben.

Die (vergleichsweise) sehr hohe Beteiligung von Lehrkräften oder SchulsozialarbeiterInnen, die an Berufskollegs angestellt sind, könnte die höhere Anzahl an vermuteten Fällen von Zwangsverheiratung erklären, da an Berufskollegs vor allem auch (junge) Erwachsene unter den SchülerInnen zu finden sind.



Anmerkungen der TeilnehmerInnen

Im abschließenden Freitextfeld der Umfrage nutzten einige der TeilnehmerInnen die Möglichkeit, individuelles Feedback zur Umfrage zu geben. Unter anderem wurde es sehr begrüßt, dass TERRE DES FEMMES sich diesem Thema widmet und eine Umfrage dazu durchführt, doch hegten einige Personen den Wunsch nach einer stärkeren Ausdifferenzierung (zusätzliche Schultypen; Abfrage des nationalen Hintergrunds; Berücksichtigung der sexuellen Orientierung potenziell Bedrohter/Betroffener; Mehrfachantworten bei den Schultypen, da an unterschiedlichen Schulformen unterschiedliche Erfahrungen gemacht wurden). Zudem wurde betont, dass der Kontakt zu den SchülerInnen durch die Corona-Pandemie abgenommen hatte und somit die Dunkelziffer erheblich höher sein dürfte.

Resümee

- 1) An deutschen Schulen gibt es sowohl minderjährige SchülerInnen, die entweder verlobt/verheiratet wurden bzw. davon gefährdet sind, als auch erwachsene SchülerInnen, die gegen ihren Willen verheiratet wurden oder denen dies bevorsteht. Auf die Fragen, wie viele SchülerInnen genau betroffen sind sowie in welchem Bundesland und in welcher Schulform eine besonders intensive Präventionsarbeit notwendig ist, kann diese Umfrage keine abschließende Antwort geben.

Die von TERRE DES FEMMES durchgeführte Umfrage kann lediglich ein Schlaglicht auf das (mögliche) Vorhandensein von konkreten Fällen an deutschen Schulen werfen. **Sie ist nicht repräsentativ und ersetzt keine (wissenschaftliche) Studie, wie TERRE DES FEMMES sie seit Jahren fordert.** Viel eher bestärken die Ergebnisse der Umfrage, dass eine bundesweite, wissenschaftliche Folgestudie zu diesem Themenkomplex dringend notwendig ist, um valide Zahlen und Einblicke in das tatsächliche Ausmaß und dessen Erscheinungsformen zu erhalten.

Darüber hinaus hält TERRE DES FEMMES es für enorm wichtig, bei einer zukünftigen Studie neben Beratungsstellen und Behörden (Polizei, Jugendämter) auch die Schulen repräsentativ zu befragen. Wir vermuten, dass viele (Verdachts)Fälle unter dem Radar der öffentlichen Beratungs- und Hilfsysteme laufen. Des Weiteren halten wir eine Aufschlüsselung der Fallzahlen nach Bundesländern für sinnvoll, um mit den gewonnenen Erkenntnissen die Präventions- und Sensibilisierungsangebote regional besser zuschneiden zu können.



- 2) Der Staat muss Schulen stärker in der Präventions- und Sensibilisierungsarbeit unterstützen und sie somit besser in bestehende Hilfs- und Beratungsstrukturen einbetten. Die Rückmeldungen der Lehrkräfte und SchulsozialarbeiterInnen belegen, dass sie sowohl theoretisch Unterstützung in Form von Schulungen und Fortbildungen benötigen als auch praktisch durch Kooperationen oder Auslegung von z.B. Hilfsflyern. Prävention sollte breitenwirksam durch flächendeckende Sensibilisierungsaktionen wie Projekttage, außerschulische Kooperationen oder Workshops zum Thema gewährleistet und gestaltet werden. Gleichzeitig sollten die Schulen im konkreten (Verdachts-)Fall direkt durch AnsprechpartnerInnen der zuständigen Behörden und Fachberatungsstellen vor Ort betreut werden. Pädagogisches Fachpersonal an Schulen darf mit dieser wichtigen Aufgabe nicht „allein gelassen“ werden!

Stand: 06/2022

Disclaimer:

Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ. Die Umfrage ist nicht mit einer (wissenschaftlichen) Studie vergleichbar. Sie stellt lediglich ein Schlaglicht auf das (mögliche) Vorhandensein von Früh- und Zwangsverheiratungen in Deutschland dar. Es ist durchaus möglich, dass sich Fälle doppeln, wenn z.B. mehrere Lehrkräfte/SchulsozialarbeiterInnen von einer Schule teilgenommen haben und sich in ihren Angaben auf die gleichen Fälle bezogen. Zudem haben wir bewusst keinen festen Untersuchungszeitraum abgefragt, um die Beantwortbarkeit des Fragebogens so niedrigschwellig, intuitiv und schnell wie möglich zu gestalten. Die angegebene Fallzahl kann somit aus verschiedenen (Schul-)Jahren stammen. Zudem gab es im Fragebogen die Möglichkeit, keine Angaben zu machen oder Fragen zu überspringen. Daher wurden nicht alle Fragen auch von allen Teilnehmenden beantwortet. Insgesamt wurden über 2.200 Schulkontakte angeschrieben, diese verteilen sich jedoch nicht gleichmäßig über Deutschland, was eine mögliche Erklärung für die unterschiedlich hohe Beteiligung in den jeweiligen Bundesländern ist.